

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 4



Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsbereich 2,15 M., in Württemberg 2,22 M., vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 16 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 294

Montag, den 16. Dezember 1918.

35. Jahrgang.

Wochenrundschau.

Ein Amerikaner schrieb neulich: „Das Ausland sieht in einem Mittel, daß das deutsche Volk die ungeheuerliche Tragweite seiner Niederlage nicht begriffen hat. Wie ist es möglich, daß die Leute in Deutschland dahinleben, als sei im großen und ganzen alles beim alten geblieben. Das ruft draußen Kopfschütteln und Verwunderung hervor. Man muß den Leuten sagen, daß Deutschland für Generationen aufgehört hat, in der Welt etwas zu bedeuten und daß es Zeit ist, den Ernst der Lage zu erkennen.“ — Das klingt hart. Aber der Mann hat recht. Wer das Leben und Treiben in den großen Städten ansieht, der schüttelt den Kopf und fragt sich besämt, ob das deutsche Volk in diesen Tagen seiner tiefsten Erniedrigung jede Befähigung verloren hat. Auf der einen Seite ein Tanmel von Vergnügungssucht, als ob wir mitten in einer Festschmückzeit wären. Theater, Kinos und Vergnügungshäuser aller Art tagtäglich gefüllt. Auf der andern Seite wird mit Putzchen gefährlicher Art gespielt wie mit dem harmlosesten Spielzeug. In Berlin wurden am 6. Dezember Tumulte zum Besten gegeben, die, wenn nicht ein kalter Regen die durch anfeuernde Reden erhitzten Köpfe wohltätig unter die Brause genommen hätte, leicht zu einem großen Morden von Bürgern gegen Bürger hätte führen können. Auf beiden Seiten war man mit Waffen wohl ausgerüstet. So blieb es bei der Kleinigkeit von 30 Toten und 40 Verwundeten, deren Blut die Straßen der Reichshauptstadt färbte. Einige Leute nehmen den Volkstanz, der ja nach neuerlichem Abkommen die oberste Regierungsbehörde im Reich sein soll, fröhlich gefangen. Ein anderer Hause erlaubt sich den Scherz, den Volkstanztraganten Ober zum ersten Präsidenten der deutschen Republik auszurufen, wie man in einer fideles Gesellschaft irgend einen hochleben läßt. In München holt um Mitternacht eine Bande den Volksminister Auer aus dem Bett und zwingt ihn mit vorgehaltenen Revolvern, seine Rücktrittserklärung zu unterschreiben, ferner Auer als geborener Bayer im Verdacht steht, den landesfremden Herrn Karl Eisner, der eigentlich Salomon Roschinsky heißen soll, aus der Würde des Präsidenten verdrängen zu wollen, was, nebenbei bemerkt, gar nicht wahr ist. Ein anderer Hause zieht in München von Zeitung zu Zeitung, demoliert Betriebsrichtungen von Blättern, die nicht nach dem Sinne der radikalen Elemente schreiben und unterdrückt die Ausgabe dieser Zeitungen. In Stuttgart und einigen anderen Städten Württembergs, wie Heilbronn, Göppingen, Leonberg u. a., werden die Bewohner durch rote Flugblätter beunruhigt, die von Militärsiegern i Massen aus der Luft abgeworfen werden und die zum bewaffneten Widerstand gegen eine „militärische Gegenrevolution“ auffordern. Die ganze Geschichte erweist sich alsbald als aufgelegter Schwindel. In Mülheim werden angesehenen Männer auf die verlogene Denunziation eines Kellners hin wegen Hochverrats verhaftet und nach Berlin zum Verhör geschleppt. Sie sollen in einem Hotel mit feindlichen Kommissaren verhandelt und um die militärische Befestigung Deutschlands gebeten haben. Sie können aber nachweisen, daß sie gar nicht in dem Hotel gewesen sind. In Offen werden hervorragende Persönlichkeiten einfach als Gefangen und Leibwachen eingesperrt usw. usw. Fast immer sind die Urheber derartiger Beunruhigungen Leute, die, obgleich weit in der Minderheit, mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, die gegenwärtige Regierung zu stürzen und statt der gefährdeten geordneten Nationalversammlung die auf Schwedensheerhaft gegründete Diktatur einzuführen. Das sind russische Juhände, die unhaltbar sind. Der Volksbeauftragte Scheidemann, der bedauerlicherweise in der letzten Zeit auffallend in den Hintergrund getreten ist, hat an jenem 6. Dezember in eine Ansammlung von Tausenden mit Enttäuschung hineingerufen: „Ich sehe diesen Zuständen keine acht Tage mehr zu. Hinter der Regierung Ober-Daase stehen 90 Prozent des deutschen Volks, und doch sieht diese Regierung auf einem Pulverfaß! Kommen diese Menschen nicht zur Vernunft, so werden die Feinde ihnen Vernunft beibringen. Unsere Rettung ist die schnellste Einberufung der Nationalversammlung!“

So ist es auch. Ohne den Rückhalt ordnungsmäßiger Verfassung, die nicht einfach von ein paar Leuten beschlossen werden kann, sondern die von einer rechtmäßig gewählten Vertretung des gesamten Volks beschlossen sein muß, hat die Regierung kein Ansehen und keine Macht, und dieser Mangel ist es ja gerade, der alle die schlimmen

Erscheinungen überhaupt möglich macht. Würde die Regierung sich auf den Willen des ganzen Volks stützen können, so wäre es mit den Putzchen bald vorbei. Die Überannung der Wahlen zur Nationalversammlung am 16. Februar 1919 ist — das stellt sich immer mehr heraus — kein glücklicher Griff gewesen. Der Zeitpunkt ist zu spät gewählt, angesichts der zersetzten Zustände im ganzen Reich und der durch sie erhöhten Gefahr, daß die Feinde doch noch das Reich besetzen werden. Einfacher und richtiger wäre es gewesen, wenn die Regierung glaubt, die Wahlarbeiten nicht früher bewältigen zu können, den Reichstag einzuberufen, der rechtlich noch existiert, wenn die Regierung ihn auch nicht anerkennen will. Der Reichstag ließe sich in zwei Tagen mobil machen und jedenfalls könnte er noch vor Weihnachten die Aufgabe lösen, auf die es vor allem ankommt: die Regierung legitimieren und sie befähigen, mit dem Ausland ordnungsmäßig zu verhandeln. Ohne diese Beglaubigung werden die feindlichen Mächte mit der Regierung nicht über den Frieden verhandeln und auch die neutralen Staaten sie nicht anerkennen. Muß es denn so sein, daß Franzosen, Engländer und Amerikaner in Deutschland die Ordnung schaffen? Man sollte meinen, dies wenigstens würde sich vermeiden lassen. Präsident Fehrenbach hat gegen die Aufhebung des Reichstags erneut und diesmal in scharfen Worten Protest erhoben und die Oberbürgermeister von Köln und Koblenz, die jetzt ja Gelegenheit haben, die „Ordnungsstiftung“ durch die feindliche Militärmacht in nächster Nähe zu studieren, haben dringend um Einberufung des Reichstags und um Beilegung des geplatzten Zustands gebeten. Bitterkeit kommt es unter dem Zwang der bittersten Not doch noch dazu. Nur nicht nach Berlin, da könnte man für nichts einstehen.

Daß etwas geschehen muß, und zwar bald, das steht bei allen, denen die Rettung Deutschlands am Herzen liegt, fest. Darum hat auch die prov. Regierung in Württemberg die anfänglich auf den 26. Januar 1919 angelegte Wahl zur verfassungsgebenden Landesversammlung um 14 Tage vorgelegt und auf den 12. Januar anberaumt. Am demselben Tag wird der bayerische Landtag gewählt, Baden, das zuerst die Franzosen im Lande sahe, hat als Termin schon den 5. Januar vorgezogen.

Es geht also schon, wenn man die nötige Willenskraft entfaltet. Und es geht umso leichter, als alle Parteien mit Ausnahme der kleinen Minderheit der Unabhängigen Sozialdemokraten und der Spartakusleute grundsätzlich die schnellste Einberufung mit Scheidemann fordern. Die Parteien sind nun auch alle gerüstet und haben ihre Stellungen bezogen. Als einzige hat die sozialdemokratische Partei ihren Namen beibehalten. Sachlich hat aber auch sie ihr altes vom Erfurter Parteitag 1891 aufgestelltes Programm umgestaltet und die schlechthinige wirtschaftliche Sozialisierung aufheben müssen. Sie will nur solche Betriebsarten vergesellschaften, die dazu reif sind. Das hat während des Kriegs zur Abspaltung der Radikalen und ganz Radikalen d. h. der Unabhängigen und Spartakusgruppe geführt, die an der sofortigen und ausnahmslosen Vergesellschaftung festhalten. Die Verschmelzung der Nationalliberalen mit der außer Fortschrittlichen Volkspartei hervorgegangenen Deutschen demokratischen Partei ist, nachdem nach längeren Verhandlungen auch in Baden eine Einigung erzielt war, offiziell im ganzen Reich vollzogen worden, mit Ausnahme von Hannover und Westfalen, dem Gebietsland der alten nationalliberalen Partei. Hier haben sich die politischen Jünger Bennigens unter der Führung des Reichstagsabgeordneten Dr. Strefemann zur nationalen Volkspartei zusammengeschlossen. Die Konservativen, die Freikonservativen und die „Deutsche Fraktion“ in Norddeutschland sind in der Deutschen nationalen Volkspartei vereinigt, daneben hat allerdings ein kleiner Teil der Konservativen seine Selbständigkeit behauptet. In Württemberg ist durch Zusammenschluß der rechtsstehenden Liberalen, die wie Hannoveraner und Westfalen den Anschluß an die Deutsche demokratische Partei nicht mitmachen wollten, und der konservativen Partei die württembergische Bürgerpartei gegründet worden, die wohl auf die Unternehmung des Landes der Landwirte rechnen kann. Das Zentrum tritt als christlich-soziale Volkspartei auf den Plan. Einige kleinere Gruppen schließen sich noch an. Auch die Parteien haben ihre Revolution durchgeführt. Wie die Mehrheits-Sozialdemokratie auf radikale wirtschaftliche Forderungen, die sich jetzt in der Praxis als

undurchführbar erwiesen haben, verzichtet hat und so gewissermaßen konservativer geworden ist, so haben die anderen Parteien ihre Programme zu einem guten Teil sozialisiert und demokratisiert und es bestehen — zumal zwischen den bürgerlichen Parteien — in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen die klaffenden Unterschiede nicht mehr, die früher oft so scharfe Trennung und Kämpfe verursachten. Die Programme gleichen sich vielfach auf ein Haar, was hoffen läßt, daß auf wichtigen Gebieten künftig nach Ausschaltung grundsätzlicher Spaltungen eine sachliche, friedliche und erspriehliche Arbeit in der Gesetzgebung möglich sein wird. Nur in der Frage des Verhältnisses von Staat und Kirche und namentlich von Kirche und Schule lauert eine Gefahr. Mit der Trennung von Staat und Kirche werden sich die Rechte und das Zentrum abfinden, wenn die Kirchen öffentlich-rechtlich und finanziell vom Staate, der ihr altes Gut genommen hat, ausreichend entschädigt werden. Die Verdrängung der christlichen Religion und der Kirche aus der Schule würde aber, zumal beim Zentrum, auf schärfsten Widerstand stoßen! Wafhalten auf beiden Seiten wird uns hoffentlich einen neuen Kulturkampf ersparen, der sonst unvermeidlich wäre und sicher die Folge haben würde, das deutsche Volk in zwei feindliche Lager zu zerreißen.

Sprenngelüste sind sowieso schon übergenug vorhanden und werden vom Feind begünstigt. In Bayern ist es davon wieder etwas stiller geworden, nachdem der Verband die Anbieten Eisners höflich abgelehnt hatte. Dafür ist der Zentrumsabgeordnete Dr. Hein mit dem Plan aufgetreten, das Bayernland „vorläufig“ aus dem Reichsverband loszulösen. In einigen Versammlungen in Köln ist bereits die rheinische falsche Republik ausgerufen worden, der Staatsstreik hat aber sofort eine kräftige Entwiderng erfahren und die Sache ist jedenfalls noch nicht entschieden. Das Rheinland mit seinen Kohlen- und Eisenschäden glaubt für existieren zu können; aber es ist in Beziehung mit die Lebensmittel doch auf den Osten des Reichs angewiesen und kann sich nicht auf die Einfuhr aus Amerika verlassen. Was das für eine unsichere Ernährungsgrundlage ist, haben wir ja in den letzten Jahren zur Genüge erfahren. — Ein Kölner Blatt ist dagegen mit dem Vorschlag aufgetreten, Deutschland in vier Republiken zu teilen, eine Nord- und Ost-Republik, eine West- und Südrepublik (Rheinland, Hessen, Baden, Württemberg und Bayern), eine Mitteldeutsche Republik und eine Ostrepublik. Tatsächlich scheinen zwischen dem Rhein und Bayern auch schon Anknüpfungspunkte gesucht zu werden. Der Sinn ist: Los von Berlin, d. h. von der radikal-sozialistischen Agitation. Es ist aber doch zu erwarten, daß auch in Berlin die Wogen sich wieder glätten und die tatkräftige Regierung die Zügel fest in die Hand nimmt. Dann werden auch die Klagen, die jetzt aus dem ganzen Reich kommen, verstummen.

— **Hauschlachtungen von Schweinen** dürfen in Württemberg bis zum 15. Januar 1919 vorgenommen werden. Zur zweckmäßigen Ausnützung der in diesem Jahr verhältnismäßig großen Menge vorhandenen fetten und kleinen Kartoffeln können die Kommunalverbände die Hauschlachtung von Schweinen, die am 15. Januar das Lebendgewicht von 120 Pfund nicht überschritten hatten, auch noch nach dem 15. Januar zulassen.

— **Erhöhung der Fleischration.** Die württ. Landesversorgungsstelle ist nach dem „N. Z.“ mit den Vorarbeiten einer Erhöhung der Fleischration vom 1. Januar ab beschäftigt. Wenn möglich, soll vor Weihnachten eine kleine Sonderabgabe erfolgen. Die an sich sehr willkommene Zuteilung ist eine Folge des starken Angebots von Schlachtvieh durch die Viehhirten, die zum Durchhalten des Viehstands bei dem herrschenden Futtermangel umso weniger in der Lage sind, als von den Futterbeständen nun auch die aus dem Felde kommenden Pferde zehren. Wahrscheinlich muß zum Zweck der Fleischrationserhöhung auch mancher Viehhirt das Leben lassen. Immerhin werden wir aber späterhin mit einem um so größeren Mangel an Fleisch und Fett zu rechnen haben.

Verlängerung des Waffenstillstands.

Der Waffenstillstand wäre am 16. Dezember abgelaufen. Es war nicht möglich, bis zu dieser Frist den Vorfrieden zustande zu bringen, wissen wir doch, auch jetzt, nachdem in den Verhandlungen in Trier ein Verlängerung des Waffenstillstands um einen vollen Monat, bis zum 17. Januar 1919 vereinbart wurde, noch nicht, ob und wann der Vorfrieden geschlossen werden kann. Die neuen Vertragsbestimmungen besagen nur, daß der Waffenstillstand unter dem Vorbehalt der Zustimmung der verbündeten Regierungen bis zum Abschluß des Vorfriedens ausgedehnt werden könne. Der Vorfrieden wäre demnach kaum vor dem 17. Januar zu erwarten. Einer unbegreiflichen Pariser Meldung der „N. Kor.“ zufolge sollen die Verhandlungen am 13. Januar beginnen.

Die Verlängerung des Waffenstillstands verschafft uns die Möglichkeit, ohne Besatzungspolizei die Wahlen zur Nationalversammlung vorzubereiten und womöglich durchzuführen. Diese innere Angelegenheit bleibt uns also hoffentlich restlos vorbehalten. Und im Sinne des Nationalgefühls wird man die Bestimmung als eine schätzenswerte Errungenschaft begrüßen dürfen. Das ist aber auch alles, was die Feinde uns zugestanden haben. Sie haben, wie zu erwarten war, ihre Bedingungen daran geknüpft. Marschall Foch verlangte das Recht, vom Kölner Brückenkopf ab nordwärts bis zur holländischen Grenze die 10 Kilometer breite „neutrale Zone“ rechts des Rheins zu besetzen, falls er dies aus irgend einem Grunde für angezeigt erachte. Städte wie Wesel, Duisburg, Arefeld, Düsseldorf u. a. werden also voraussichtlich besetzt werden, und die Ausdehnung des unmittelbaren feindlichen Einflusses kann sich vielleicht schon bald im Sinne der Losrennung des Rheinlands vom Reich fühlbar machen. Die Abschaffung der revolutionären Verwaltung der Arbeiter- und Soldatenräte ist für ein weiteres bedeutendes Gebiet so gut wie sicher. Auch die Engländer haben eine neue Forderung erhoben; an Stelle des noch nicht seefähigen Panzerkreuzers „Madenjen“ verlangen sie die Auslieferung des Linienschiffs „Baden“. Der Protest des Staatssekretärs Erzberger gegen die Gewalttat blieb fruchtlos. Wehrlos, wie wir sind, werden wir auch das schöne Kriegsschiff erster Klasse opfern müssen.

Bezüglich der Versorgung des hungernden Deutschland mit Brot ist nicht viel Tröstliches zu berichten. Erst sollen in Paris und London Kommissionen gebildet werden, die beraten und erwägen und studieren, damit die Lebensmittel aufkaufen — das sind die Franzosen —, und sie endlich verteilen — das sind die Engländer. Mit keinem Wort ist davon die Rede, wieviel Lebensmittel und wann sie herbeigeschafft werden. Sehr genau ist aber festgelegt, daß von Deutschland Handelschiffe im Umfang von 2 1/2 Millionen Tonnen der „Kontrolle“ der Feinde übergeben werden müssen — das dürfte zurzeit unsere gesamte seefähige Handelsflotte ausmachen —, um die Lebensmittel aus Amerika herbeizuschaffen. Die Schiffe sollen angeblich in deutschem Besitz bleiben. — Hoffen wir das Beste!

Von der Aufhebung der Hungerblockade ist keine Rede, nicht einmal die nachträglichen vertragswidrigen Verschärfungen Verbot des Lebensmittelverkehrs zwischen den besetzten deutschen Gebieten und dem übrigen Reich durch Foch und Verbot der deutschen Schifffahrt in der Ostsee durch die Engländer sind beseitigt.

Am auffallendsten ist aber, daß die feindlichen Unterhändler, wie es scheint, ihr Verhältnis zu der gegenwärtigen Regierung mit keiner Silbe erwähnt haben. Man gewinnt den Eindruck, als ob sie mit dieser Frage einen letzten Triumph in der Hand behalten wollen, um immer neue Forderungen stellen und einen Druck ausüben zu können. Die ganze feindliche Presse haßt jeden Tag wider von den Lippen: „Die deutsche Regierung ist nicht verhandlungsfähig!“ und die erste Sorge der Besatzungskommandanten in den deutschen Städten gilt immer der Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte; die Bildung von solchen wurde sogar mit Todesstrafe bedroht. Der „amtliche“ Feind aber hält sich in tiefem Schweigen. Dahinter muß doch wohl eine Absicht stecken.

Auf die Anfrage des Arbeiter- und Soldatenrats Kreuznach bei Marschall Foch, ob die Mitglieder der Räte in den besetzten Gebieten freie Abreisefreiheit und freien Durchgang zur Delegiertenversammlung in Berlin am 16. Januar bekämen, antwortete Foch kurz, die verbündeten Mächte erlauben keine Arbeiter- und Soldatenräte an.

Die Umwälzung im Reich.

Der Reichsverfassungsentwurf fertiggestellt.

Berlin, 14. Dez. Der Reichsverfassungsentwurf ist in den Grundzügen fertiggestellt. Das Reichsamt des Innern wird die Ausarbeitung übernehmen.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie beschloß mit Stimmenmehrheit, bei den Wahlen zur Nationalversammlung das Zusammengehen mit den Mehrheitssozialisten abzulehnen.

Die Spartakusgruppe fordert ihre Anhänger zur gewaltsamen Verhinderung der Wahlen auf.

Neue Reichsanleihen.

Berlin, 14. Dez. Die „Tägl. Rundschau“ erzählt, die neue Reichsregierung beabsichtige eine Abrüstungs- und eine Kriegsschadigungsanleihe auszusprechen. Der Anleihemarkt werde bis dahin für die Bundesstaaten gesperrt. Zur Deckung des Geldbedarfs der Bundesstaaten werde man nicht mehr auf dem Wege der Ausgabe von Schatzanweisungen stehen bleiben. Vom Reich soll ein hoher Betrag für Uberteuuerung bei den in Angriff zu nehmenden Notstandsarbeiten ausgeworfen werden, die infolge der Materialvertuierung, der Einführung des achtstündigen Arbeitstags und der Erhöhung der Arbeitslöhne unvermeidlich sind. Ein

Teil der Uberteuuerung von den Bundesstaaten und den Gemeinden getragen werden.

Wahl der Berliner Arbeiterräte.

Berlin, 14. Dez. Heute fanden die Wahlen des Berliner Arbeiterzentralrats statt. Für die Mehrheitssozialisten wurden 349, für die Unabhängigen 281, für die Intellektuellen 79 Stimmen abgegeben. Es wurden somit 7 Mehrheitssozialisten, 5 Unabhängige und 1 Vertreter der Intellektuellen gewählt.

In den Zentralkrat der Soldatenräte Großberlins wurden vier Mitglieder der Mehrheitspartei und 9 Unabhängige mit 204:121 Stimmen gewählt.

Das Spartakus-Programm.

Berlin, 14. Dez. Der Spartakusbund verlangt: Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere, sowie sämtlicher nicht proletarischer Soldaten, Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klasse; Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände; Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung; Aufhebung der Kommandogewalt der Offiziere und Unteroffiziere, Wahl aller Vorgesetzten durch die Mannschaften; Entfernung der Offiziere und Kapitulanten aus den Soldatenräten; Entziehung aller politischen Organe und Behörden der früheren Regierung durch Vertrauensmänner der Arbeiter- und Soldatenräte.

Das Kopenhagener Blatt „Berlinske Tidende“ meldet, Scheidemann habe erklärt, die Regierung erwäge die Entwaffnung der Spartakusleute. Liebknecht sei nicht zurechnungsfähig.

Aus dem Parteileben.

Posen, 13. Dez. Die konservative Partei in Posen beschloß, in die Deutschnationale Volkspartei überzugehen. Es wurde die vorläufige Einberufung des Reichstags und die schnellste Wahl der Nationalversammlung verlangt.

Berlin, 14. Dez. Der frühere fortschrittliche Abgeordnete D. Traub geht gemeinsam mit Dr. von Wangenheim und Maurenbrecher zur deutschnationalen Volkspartei über.

Wahlvereinigung evang. und kath. Frauenverbände.

Berlin, 14. Dez. Die Verbände evangelischer und katholischer Frauenorganisationen in Deutschland, 12 000 Ortsgruppen mit über 1 1/2 Millionen Mitgliedern, haben beschlossen, in den Landes- und Nationalversammlungen sich gegenseitig zu unterstützen und die schnellste Einberufung der verfassunggebenden Versammlungen zu fordern.

Arbeiterentlassung bei Krupp.

Essen, 14. Dez. In einer Versammlung der Krupp'schen Meistergehilfen teilte das Direktorium mit, Krupp könne höchstens noch 10—12 000 Arbeiter beschäftigen. Von regelmäßiger Produktion könne keine Rede mehr sein, zumal vermutlich eine feindliche Besetzung zu erwarten sei. — Durch diese Ankündigung, sagt der „Vorwärts“, besteht für etwa 200 000 Arbeiter die unmittelbare Gefahr der Arbeitslosigkeit.

Gruß der Frontmatrosen an Hindenburg.

Kassel, 14. Dez. Die vom Seelriegsdiens heimkehrenden Marinemannschaften sandten an Generalfeldmarschall von Hindenburg folgendes Telegramm: Von der Nordsee kommend, entbieten unsere Blaujaken der Nordseefreikräfte unserem Generalfeldmarschall in tiefer Verehrung ihren Gruß. Sie erachten als ihre heiligste Pflicht, trenn zur jetzigen Regierung zu stehen und an der Wiederherstellung der Ordnung im Vaterlande mit allen Kräften mitzuarbeiten und sie zu erhalten.

Admiral Browning und die U.S.-M.

Kiel, 14. Dez. Die feindliche Kontrollkommission unter dem englischen Admiral Browning in den deutschen Hafenschäden hat jeden Verkehr mit den Arbeiter- und Soldatenräten abgelehnt. Sie verhandelt nur mit den früheren Offizieren und Beamten.

Die deutschen Truppen im Osten.

Budapest, 14. Dez. „Mz. Ghr.“ meldet, einige tausend marschunfähige Deutsche seien in Rumänien entwaffnet und interniert worden.

Die deutschen Truppen in Syrien und Armenien, 10 000 Mann, sind unter General Liman von Sanders in Konstantinopel eingetroffen.

Französische Gefangene erschossen.

Erfurt, 14. Dez. Im französischen Gefangenenlager von Langensalzta wurde eine Barade von französischen Kriegsgefangenen geräumt. Die Gefangenen schickten sich an, die Barade einzureißen und als Brennholz zu verwenden. Der Wachmann alarmierte die Wache und es kam zu einem Zusammenstoß, wobei mehrere Franzosen getötet und verwundet wurden. Von französischer Seite soll zweifig geschossen worden sein.

Das französische Oberkommando hat scharfe Gegenmaßregeln angebrocht, darunter soll sich die Besetzung von Mannheim befinden. (Von anderer Seite wird dies für zutreffend erklärt.)

Meuterei russischer Gefangener.

Beuthen i. Oberschles., 14. Dez. Auf dem Gottward-Schacht bei Orzegow weigerten sich russische Kriegsgefangene weiter zu arbeiten, nachdem sie bereits drei Tage gefeiert hatten. Das Militärkommando wurde von den Russen, die mehrere hundert Mann stark waren und die versuchten, den Wachmannschaften die Gewehre zu entreißen, angegriffen. Sie drangen mit roten Stäben gegen die Mannschaften vor. Der Unteroffizier des Wachkommandos gab Befehl zum Feuern. Dabei wurden 6 Kriegsgefangene getötet, 7 teils schwer, teils leicht verletzt. Darauf hielten die Russen um Gnade und nahmen die Arbeit wieder auf.

Neues vom Sage.

Die Redarkanalisation.

Karlsruhe, 14. Dez. Am 12. Dezember fand in Heidelberg eine Konferenz der Redarkanalisation zur Erörterung der Frage der Redarkanalisation. Zutreten waren Württemberg durch den Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Lindemann, ferner die Staaten Hessen und Baden. Die Verhandlungen zeigten Eignigkeit darüber, daß die Arbeiten für die Redarkanalisation so schnell wie möglich in Angriff genommen werden sollen, nicht nur um der Arbeitslosigkeit zu steuern, sondern auch um durch zu erstellende Kraftwerke zur baldigen Hebung der Volkswirtschaft beizutragen. Ueber die Kostenverteilung wird Württemberg einer demnächst stattfindenden Konferenz neue Vorschläge unterbreiten.

Essen, 16. Dez. Die hiesige Arbeiterzeitung, das Organ der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, protestiert gegen die Wahl des russischen Volkswissenschaftlers Lewine, Mitglied der Spartakusgruppe, zum Delegierten des A- und S-Rats.

Die Armee Madenjen nicht interniert.

Berlin, 15. Dez. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wird die Heeresgruppe Madenjen und die bei ihr befindlichen Teile der 11. Armee und der Heeresgruppe Scholtz nicht in Ungarn interniert; ihr Abtransport nach der Heimat ist im Fluß.

Minengefahr.

Kopenhagen, 15. Dez. Bei einer Minenräuberung im südlichen Teil des Großen Belts stieß das Torpedoboot „Svaerdfiske“ auf eine Mine. Das Lichterschiff wurde beschädigt. 7 Personen sind getötet, 2 schwer und 2 leichter verletzt.

Lohnbewegung in England.

London, 14. Dez. (Neuter.) Der Schiedsgerichtshof für die Baumwollarbeiter der nördlichen Grafschaften billigte den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 50 Prozent zu. Die Bergarbeiter in Nord-Cumberland fordern die Regierung auf, für die Herabsetzung der Lebensmittelpreise zu sorgen, andernfalls werde eine Lohnerhöhung um 100 Prozent gefordert.

Das „Rechtsgutachten“.

London, 14. Dez. „Daily Mail“ meldet, ein Rechtsgutachten der Oxford-Universität erkläre die Zulässigkeit des Auslieferungsbegehens an Holland in Sachen des deutschen Kaisers und des Kronprinzen.

Wilson in Paris.

Paris, 13. Dez. Nachdem Präsident Wilson in Brüssel gelandet und dort begrüßt worden war, setzte er seine Reise mit Sonderzug nach Paris fort. Als sich der Zug der Stadt näherte, ertönten Geschützsalven. In Paris wurde Wilson von Hunderttausenden mit härmlichem Jubel begrüßt.

Am Bahnhof wurde Wilson von Poincaré und Clemenceau begrüßt und in den Palast des Prinzen Murat geleitet.

Die Engländer in Estland.

Helsingfors, 13. Dez. Ein englisches Geschwader hat am 12. Dez. um 2 Uhr nachmittags auf der Reede von Reval geankert. Vertreter der estnischen Regierung hießen die Engländer willkommen. Angeblich will England Estland auf 10 Jahre pachten. (?)

Baden.

(-) Karlsruhe, 14. Dez. Das Unterrichtsministerium hat zur Erleichterung für die Restprüfung der Kriegsteilnehmer angeordnet, daß Kriegsteilnehmer, die vor dem Eintritt ins Heer schon mindestens ein halbes Jahr am Unterricht in der Obersten Klasse teilgenommen haben, sobald nach ihrer Entlassung zur Kriegsteilprüfung zugelassen werden können. Bei einer hinreichend großen Zahl von Kriegsteilnehmern werden an den einzelnen Schulen Sonderklassen oder ein Förderunterricht eingerichtet. Wenn ein Kriegsteilnehmer die Kriegsteilprüfung nicht besteht, kann er zu einer Wiederholungsprüfung zugelassen werden.

(-) Karlsruhe, 14. Dez. Nach dem Jahresbericht der badischen Staatsbahnen für 1917 war der Bauaufwand ganz gering, neue Strecken, neue Stationen wurden nicht erbaut, nur die nötigen Unterhaltungsarbeiten ausgeführt. Für die Beschaffung neuer Fahrzeuge wurden in dem Berichtsjahr über 9,9 Millionen M. ausgegeben. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 164 496 624 M., die Gesamtausgaben auf 121 640 664 M., so daß sich ein Betriebsüberschuss von 42 855 959 M. ergab, der denjenigen des Jahres 1916 noch um etwas über zwei Millionen M. übertraf. Die Einnahmen aus der Personenbeförderung (einschl. Gepäck usw.) beliefen sich auf über 53 Mill. M., diejenigen aus Expeditivgut, Milch usw. auf 3,3 Mill. M. und diejenigen aus der Güterbeförderung auf 85 Mill. M. Bei den Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr betrug die Zunahme gegenüber dem Jahr 1916 weit über 50 Prozent, bei den Einnahmen aus dem Güterverkehr etwas über 12 Prozent. An Eisenbahnunfällen haben sich 22 Entgleisungen und Zusammenstöße ereignet; getötet wurden 41 Personen (darunter 7 Selbstmörder), verletzt 110 Personen.

(-) Mannheim, 14. Dez. Der Firma Schütte-Lanz sind für ihren Luftverkehr 10 Flugzeuge von der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt worden. Der Preis für die Personenbeförderung beträgt für den Eisenbahnkilometer 2,50 M. Die Firma will Reiseflugzeuge bauen, die 20 bis 40 Personen aufnehmen sollen.

Mannheim, 14. Dez. Die badische Unabh. Sozialdem. Partei hat dem Landesvorstand der sozialdem. Partei Badens mitgeteilt, daß sie seiner Anregung, ein Bündnis für die Wahlen zur bad. Nationalversammlung zu schließen, nicht nachkommen könne; sie werde selbständig in den Wahlkampf eintreten.

(-) Mannheim, 14. Dez. Der gesamte Postverkehr ist seit Freitag Nacht mit der Pfalz gesperrt.

Bei der Güterabfertigung Waldhof wurde eine für das dortige Postamt bestimmte Kiste der Reichsdruckerei, enthaltend 14000 7/8 Pfg. Postkarten, beraubt aufgefunden.

(-) **Heidelberg, 11. Dez.** Bei einem hiesigen Pferdohändler wurden 80 Pferde beschlagnahmt, die dieser unrechtmäßigerweise zu einem Sportpreis von durchziehender Truppen erworben hatte. Schon früher waren bei dem gleichen Händler 36 Pferde beschlagnahmt worden.

(-) **Heidelberg, 14. Dez.** In einer Versammlung der Deutschen demokratischen Partei wurde laut „N. Bad. Landesztg.“ die Befürchtung ausgesprochen, daß durch den Zustrom der Nationalliberalen das soziale Programm Abschwächungen erfahren könne. Bürgermeister Dr. Drauschlag daher die Bildung einer jungdemokratischen Gruppe innerhalb der Partei vor. Ein Beschluß darüber wurde nicht gefaßt.

(-) **Kastatt, 14. Dez.** Die „Kast. Ztg.“ erfährt, daß nach Mitteilung der Waffenstillstandskommission kein Grund zu der Annahme vorliegt, daß Mannheim, Karlsruhe oder Kastatt gegen die Vertragsbestimmungen bejezt werden.

Mutmaßliches Wetter.

Süddeutschland ist in den Bereich eines kräftigen Hochdrucks gelangt, dessen Bestand indessen noch bedroht ist. Am Dienstag und Mittwoch ist zwar vorwiegend trodenes, aber mehrfach bedecktes und mäßig kaltes Wetter zu erwarten.

Württemberg.

(-) **Stuttgart, 14. Dez.** (Teuerungszulage.) Da die letzte Teuerungszulage für 1918 an die Staatsbeamten und Staatsarbeiter einschließlich der Geistlichen und Lehrer, Pensionäre und Hinterbliebenen im Betrag von 31 Millionen M. sich als nicht ausreichend erwies, ist von der prov. Regierung eine zweite einmalige Zulage von insgesamt etwa 35 Millionen bewilligt worden, die im bargeldlosen Verkehr sofort, im übrigen nach Maßgabe der verfügbaren Vorräte der Staatskassen ausbezahlt wird. Den bezugsberechtigten Personen, die bis jetzt ihre regelmäßigen Bezüge durch eine Staatskassabar ausgezahlt erhalten, wird es daher in ihrem eigenen Interesse dringend nahe gelegt, der sie ausstehenden Staatskassas alsbald mitzutreten, um solche Bank, Spar- oder sonstige Kasse (Postsparkasse, Genossenschaftskasse usw.) die Kriegszulage überwiesen werden kann. Auch die Ueberweisung auf das Sparbuch eines Familienangehörigen ist zulässig. Hiemit wird wiederholt die dringende Aufforderung an alle Beamten, Geistlichen und Lehrer verbunden, auch regelmäßige Bezüge sich künftig überweisen zu lassen.

(-) **Stuttgart, 14. Dez.** (Ordnung halten!) Die Polizeikommission des Stuttgarter Arbeiterrats erläßt folgende Bekanntmachung: Die Bevölkerung wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich den Anordnungen der Säubermannschaft zu fügen. Diese Anordnung wird auch an die Arbeiter gerichtet. Die Einhaltung der Polizeistunde ist dringend notwendig.

(-) **Stuttgart, 16. Dez.** (Aus dem Parteileben.) In der am letzten Samstag stattgefundenen dritten Sitzung des Hauptauschusses der Deutschen demokratischen Partei, wurden die von den Einzelausschüssen vorgelegten Programmwürfe durchberaten und schließlich in das Hauptprogramm hereingearbeitet. — Die zweite Lesung der allgemeinen Punkte des Programms ergab noch einige Änderungen hinsichtlich der Gestaltung der Einrichtungen des Freistaats Württemberg. Als württembergische Vertreter für den Hauptvorstand der Gesamtpartei werden die Herren Bayer sen., Konrad Hausmann, Minister Liesching, Philipp Wieland u. W. und Direktor Hieber-Stuttgart und Dr. Elias-Stuttgart gewählt. Die nächste Tagung soll am Mittwoch den 18. Dez. stattfinden. Die Veröffentlichung des Programms soll am Dienstag nächster Woche erfolgen, an welchem Zeitpunkt auch die Herausgabe des Programms der Gesamtpartei in Berlin erwartet wird.

(-) **Stuttgart, 14. Dez.** (Arbeitslosenkündigung.) Im Hofe des Residenzschlosses fand heute nachmittags eine Arbeitslosensammlung statt, in der über die Verhandlungen des Arbeitslosenausschusses mit der Stadtverwaltung und dem Arbeitsminister berichtet wurde. Nach dem Bericht ist festgelegt worden: Verheiratete Arbeiter erhalten im Falle der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung von 10 M. im Tag; Ledige über 18 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts 8 M.; Ledige unter 18 Jahren 5 M. Daneben erhalten Verheiratete, aufsteigend bis zu drei Kindern, für jedes Kind 1 M. im Tag. Für Notstandsarbeiten wurde ein Stundenlohn von 1.70 M., bei Personen unter 18 Jahren ein solcher von 1.20 M. vereinbart. Bei Arbeiten besonderer Art, wie Kanalbauten usw., sollen Kleidung, Schutzzeug und Arbeitsgerät von den Behörden gestellt werden. Jeder Arbeitslos hat die Pflicht, die ihm überwiesene Arbeit auszuführen, falls er dazu körperlich und geistig fähig ist. Die Vereinbarungen gelten nur für Stuttgart, doch sollen sie möglichst zur Grundlage einer Arbeitslosenfürsorge für das ganze Land gemacht werden. Der Aufforderung zum Nachhausegehen leistete die lundgebende Menge nur teilweise Folge. Ein großer Teil zog unter fortgesetzten lauten Rufen durch die Königsstraße nach der Torstraße, wo vor dem Tagblatt-Gebäude „demonstriert“ wurde. Ein zur Besonnenheit mahnender Redner wurde von der Menge mit dem Tisch, auf dem er stand, umgeworfen. Auf der Redaktion verlangte eine Abordnung, daß das Blatt seine Schreibweise ändere und die am Haupte aufgehängte schwarz-weiß-rote Fahne wegnehmen solle. Um Gewalttätigkeiten zu verhindern, wurde dem Verlangen nach Einziehung der Fahne stattgegeben.

(-) **Stuttgart, 15. Dez.** (Keine Wahlbeteiligung.) Wie der „Sozialdemokrat“ berichtet, beschloß die Parteiverammlung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Stuttgart sich an den Wahlen zur Landes- und Nationalversammlung nicht zu beteiligen.

(-) **Stuttgart, 15. Dez.** (Westfälisches Pflanzgeld.) In der Nacht zum Samstag wurde in der Buchdruckerei, in der die von der Stadtgemeinde Stuttgart als Kriegsnotegeld auszugebenden Scheine zu 20 M. hergestellt werden, eine größere Anzahl Bogen gestohlen. Ein Teil der Bogen ist mit dem Trodenstempel, dem eingetragenen Stadtappen und mit einer fortlaufenden Nummer versehen; ein Teil enthält diesen Stempel nicht, und ein anderer Teil ist auch ohne Nummer. Es sind circa 70000 M. in Zwanzigmarskheinen bestehend, für ungültig erklärt worden.

(-) **Stuttgart, 14. Dez.** (Brotkartendiebstahl.) In der Nacht zum 28. September stahl der 39 Jahre alte äbel belummerte Schlosser Otto Kohlmayer aus Chemnitz durch Einbruch in die Geschäftsräume des Lebensmittelamts in Eßlingen 67000 Reichsbrotmarken, sowie eine Anzahl Buder- und Fleischkarten. Bei seiner Verhaftung wurden bei ihm noch 2800 Brotmarken — die übrigen hatte er verkauft — und 3300 M. n. bar vorgefunden. Die Strafkammer verurteilte den vielfach vorbestraften Angeklagten zu 2 Jahren 9 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

(-) **Ellwangen, 14. Dez.** (Schulfrage.) Der kath. Bezirkslehrerverein erklärte einmütig, daß er an der konfessionellen Volksschule festhalte. Er verlangte die Eingliederung von Volksschullehrern im Kultministerium und in dem Oberschulrat auf Grund von Wahlen durch die Lehrerschaft, Befestigung sämtlicher Bezirkschulämter, Seminarlehrstellen und Seminarrektoren mit Volksschullehrern, die eine höhere Prüfung abg. oder im Schuldienst sich besonders bewährt haben, örtliche Schulämter unter dem Vorbehalt eines Lehrers, Ausbau der Lehrerbildung, Aenderung der Ordnung für die zweite Dienstprüfung, vollständige Aufnahme der Volksschullehrer ins Beamtentum und gehaltliche Gleichstellung mit gleichmachenden Bediensteten, freies Vertragsverhältnis bei Uebernahme von Kirchenmusikdiensten, Befestigung des Patronats und Uebernahme der Volksschulasten auf den Staat.

(-) **Geislingen a. Stg., 15. Dez.** (Amtsversammlung.) In der gestrigen Amtsversammlung wurde ein Arbeiter in den Bezirksrat gewählt.

(-) **Leutkirch, 15. Dez.** (Zu Treue fest!) Unser bisheriger König Wilhelm II. hat an den Dichter des Romans „Der Lomo“ u. a., den Direktor der Reformschule, Dr. G. A. Müller, dem er seit Jahren wohlwollend gewirkt ist, auf eine Kundgebung treuer persönlicher Anhänger sein Bild mit eigenhändigem Gedächtnis als Erinnerungszeichen gelangen lassen. „Zu Treue fest“ steht in seinen Augen geschrieben über der Unterschrift: Wilhelm, Herzog zu Württemberg, sicher eine der ersten Unterschriften des edlen Königs nach seiner freiwilligen Thronentsagung.

— **Wo sind unsere Württemberger?** Laut Nachrichten des Kriegsministeriums befindet sich die 201. Inf.-Division in der Gegend Jerudorf (Kreis Siegen), von wo aus die Truppen mit der Bahn herübergebracht werden. Vom Landw.-Just.-Regt. 126 sind ganz unermutet Regimentsstab, Stab 1, 2 und 3. Btl., 1., 5., 6., 7., 8., 9. und 12. Kompanie und erste Nachrichtenkompanie nach schweren Märschen aus Rumänien heimgelöhrt. Der Rest des Regiments dürfte sich noch bei der Armee Kasernen befinden, ebenso das 2. Btl. Landw.-Just.-Regt. 121, die 1. Abteilung Landw.-Feld-Regt. 1. Gruppenunterabteilung 509, Stabkommandantur 297, eine halbe Division Fernsprechabteilung 507, die 1. Gruppe Kraftwagenkolonne 19. Alle übrigen Teile der 7. Landw.-Division sind demnach bei der Division selbst anzunehmen. — Die 3. Landw.-Eskadron marschiert zurzeit von Hanau über Heilbronn nach Ludwigsburg, wo sie voraussichtlich am 18. Dez. eintreffen wird. — Die 26. Inf.-Division wird vermutlich am 17. Dez. aus der Gegend von Kirchheim bei Warburg mit der Bahn abgeführt werden und voraussichtlich vom 22. Dez. ab in ihrem Standort eintreffen. — Die 27. Inf.-Division befindet sich in der Gegend von Hanau, die 243. Inf.-Div. östlich Kassel.

— **Die Kirchenglocken.** Alle Kirchenglocken, die während der Kriegsdauer keine Verwendung für Zwecke der Heeresverwaltung gefunden haben, sollen nach einer Verfügung der Regierung den Kirchengemeinden ohne Verzug zurückgegeben werden.

— **Die Radreifenbeschlagnahme** ist aufgehoben und die Beschlagnahme im Fahrradverkehr beseitigt worden.

— **Getzbedarf.** Deutschland verbraucht in den letzten Friedensjahren rund 42 Millionen Festmeter Holz, wovon 28 Millionen Festmeter aus inländischer Erzeugung und rund 14 Millionen Festmeter aus der Einfuhr gedeckt wurden. Für die Deckung des Bedarfs des Jahres 1919 ist auf eine erhebliche Einfuhr nicht zu rechnen, weil die Einfuhrländer durch die Kriegsfolgen daran verhindert sind. Außerdem wird der einheimische Bedarf sehr viel größer sein, als in Friedenszeiten, da während des Kriegs fast alle Unterhaltungs- und Ersatzbauten im Hoch- und Tiefbau, bei der Eisenbahn und im Bergbau unterblieben sind. Außerdem ist unsere innere Wirtschaft eine umfangreiche Tätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungsbaus und der Befestigung. Schließlich ist auch damit zu rechnen, daß der Friedensschluß sehr erhebliche Anforderungen an deutschem Holz für den Wiederaufbau von Nordfrankreich und Belgien bedingt. — An wird daher den Rohstoffbedarf Deutschlands im nächsten Jahr auf mindestens 40 bis 50 Millionen Festmeter schätzen können.

— **Eine vernünftige Auffassung** seiner Aufgabe hat der Soldatenrat in Gänzburg a. Donau. Er macht sich bekannt: 1. Der Soldatenrat Gänzburg ist lediglich ein K. n. t. l. Organ in rein militärischen Angelegenheiten. Die Zivilbehörden unterstehen weder der Kontrolle noch den Maßnahmen des Soldatenrats. Das gegenwärtige Amt einer Militärdelegation, die wir verabschieden. 2. Der Soldatenrat Gänzburg dient nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Er ist keine politische Einrichtung und wird nie politische Agitation

Vorschub leisten. Deshalb lehnen wir das Tragen roter Armbinden ab. Sie sind nicht nötig, denn jeder Soldat kennt seinen Soldatenrat. Der Soldatenrat fordert sofortige Einberufung der bayerischen Landesversammlung und bayerische Männer an Bayerns Spitze.

— **Explosion.** Zwischen Eßlosheim und Lingolsheim bei Straßburg ist am Sonntag vormittag ein Munitionslager in die Luft geflogen; spielende Kinder sollen die Explosion verursacht haben. Der gewaltige Knall machte sich weit ins Hannauerland bemerkbar.

— **Ein Lenkballon verunglückt.** Ein französischer Militärballon, der über dem Mittelmeer manövrierte, wurde vom Sturm erfasst und zerstört. Der Kommandant des Fahrzeuges, Hauptmann Lucasso, die Offiziere und die gesamte Besatzung des Luftschiffes sind ertrunken.

— **Landarbeitergenossenschaft.** Der Gutbesitzer v. Doemming auf Seefeld in der Mark beabsichtigt, seinen gesamten landwirtschaftlichen Betrieb seinen Landarbeitern zur gemeinsamen Bewirtschaftung in die Hand zu geben. Er will seinen Arbeitern als „Genossenschaft“ entsprechendes Betriebskapital zu 3 v. H. zur Verfügung stellen. Der Gewinn soll gleichmäßig unter die Arbeiter verteilt werden.

— **Abgelehntes Geschenk.** Der Geh. Kommerzienrat August Benthke in Graudenz (Westpreußen) hat seinen ganzen großen Betrieb zwecks Sozialisierung seiner Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt. Nach einer Meldung der „Danziger Zeitung“ haben aber die Arbeiter beschlossen, dieses Angebot abzulehnen, weil sie ein Sinken der Konjunktur befürchteten und es für besser halten, wenn das Unternehmen in starker Hand bleibt.

— **Die Erhöhung der Eisenbahntarife** für Personen- und Güterbeförderung soll nach einer Aeußerung des preussischen Ministers Pirsch in nächster Zeit zu erwarten sein. Der Anschlag werde 60 Prozent betragen.

— **Veraturgshalle für Akademiker.** Vom württ. Arbeitsministerium wurde in Stuttgart, Wilhelmstraße, ein Beratungshaus für Akademiker eingerichtet. Die Leitung hat Präsident v. Bälz übernommen. Sprechstunden: Montags von 10—12 Uhr. Die Stelle erteilt mündliche Auskunft über die allgemeinen Fragen des betreffenden Studiums. Vorherige schriftliche Anmeldung ist geboten, da die Beratung in der Reihenfolge der Anmeldung erfolgt.

— **Explosion.** Bei einer Kohlenhauberplosion an Bord des amerikanischen Kreuzers „Brooklyn“ im Hafen von Yokohama wurden 6 Mann getötet und 30 verwundet.

— **Als es noch keine Gabel gab.** Der Mensch ist, da Not erfinderisch macht, schon in der frühesten Zeit darauf gekommen, sich Löffel aus Holz, Metall, Horn und anderem wasserabweisendem Material anzufertigen, wogegen auch die größten Herrscher der Welt bis zum 13. Jahrhundert unserer Zeitrechnung keine andere Gabel kannten als ihre Finger. Im 13. Jahrhundert war der Löffel der Reichen aus Gold oder Silber, Kristall, Koralle oder Serpentinstein. Die Kelle war im Anfang gerundet und ziemlich flach, was beim Gebrauch zum Aufspieren des Mundes zwang. Vom 14. Jahrhundert an nimmt die Kelle die ovale Form an und der Stiel schrumpft ein. In jener Zeit brachte der Gast seinen eigenen Löffel in der Tasche mit. Die in der Küche gebrauchten Löffel waren von Eisen, dabei sehr lang und sehr schwer. Die Renaissancezeit prunkte mit Löffeln, deren Griffe aus Elfenbein oder Ebenholz künstlerisch geschnitten und mit reichem Figurenwerk verziert waren. Dabei hielt die Mode der Spitzenbesetzten Gabeln den Mund des Essers so entfernt von seiner Suppe, daß die Löffelstiele zwischen eine Länge bis zu einem halben Meter erreichten. Als die Gabel endlich am Ende des 13. Jahrhunderts aufkam, blieb sie zunächst noch ein Luxusgegenstand. Sie hatte nur zwei Rippen, war klein und schwach. Nur vornehme Herrschaften bedienten sich ihrer, und zwar auch nur beim Essen von Früchten, die die Hände beschmutzten, in erster Reihe von Brombeeren. Nachdem aber einmal das Instrument erfunden war, erweiterten sich auch bald die Grenzen seiner Verwendung, und im 16. Jahrhundert ist die Gabel auf den Tischen der Aristokratie bereits ständig in Gebrauch. Nicht jedermann konnte sich allerdings Ehrentische aus Gold oder Silber leisten; aber auch der Mittelstand war bestrebt, seinen gesellschaftlichen Aufstieg durch den Ankauf von silbernen Gabeln und Löffeln, wobei man weniger auf elegante Form als auf schweres Gewicht sah, äußerlich kund zu tun. Es war das der Grundstock des Silberschatzes des bürgerlichen Hauses, der den Wohlstand der Familie und die Solidität der Firma zeigen sollte.

— **Wie die ersten Christen Hochzeit feierten.** Bei den Hochzeitszeremonien der ältesten Christen vereinigten sich antike Formen und der neue religiöse Geist in eigenartiger Weise. Die Inschriften und die Wandgemälde in den Katakomben geben über die Verlobungs- und Trauungsformen Auskunft. Nach dem Gelübde des Brautpaares, die Ehe eingehen zu wollen, wobei sie sich die rechten Hände reichten, las der Priester eine Messe, worauf das Brautpaar seinen Segen empfing. Danach bekleidete der Geistliche die Braut mit dem roten Brautschleier, einem Ueberrest der römischen Hochzeitsgebräuche. Die Szene ist auf einem Wandgemälde der Katakomben dargestellt und wird von einem alten Schriftsteller folgendermaßen beschrieben: „Der Bräutigam ist im Festkleide, die Braut in Goldgebeid mit ihrem purpurgelben Schleier. Sie trägt den aufgerollten Heiratsvertrag, der zur Unterzeichnung fertig ist, damit die Ehe rasch vollzogen werden kann, wenn das Wort Gottes den Bund gesegnet hat. Der Bräutigam steht bereit, ihr das Brautzeug dazubringen.“ Dieses Brautzeug war ein Ring, sehr kostbar, mit Gestalten in erhabener Arbeit geschmückt, mit dem Kreuzeszeichen und frommen Sprüchen aus der heiligen Schrift versehen. Das Abendmahl beschloß dann die Hochzeitsfeier; mit Kränzen im Haar verließen die Verheirateten die Kirche und vereinigten sich zu einem Fest im Hause des Bräutigams.

Zu den württembergischen Verlusten.

Von militärischer Seite wird der „Ludwigsburger Zeitung“ geschrieben: Eine Ergänzung der Angaben über die Verluste des deutschen und württembergischen Volkes ist nicht uninteressant. Wie schon berichtet, hat Württemberg die größten Verluste zu beklagen. Legt man für die Totenziffer des Reichs die Zahl 100 zugrunde, so ergeben sich für die Kontingente folgende Verhältniszahlen: Preußen 101, Bayern 92, Sachsen 90, Württemberg 104. — Württemberg hat somit um 4 Prozent höhere Totenziffer als das Reich. Diese Tatsache erklärt sich daraus, daß die meisten württembergischen Divisionen die längste Zeit des Kriegs im Westen gekämpft haben, wo der Kampf ungleich heftiger war als je im Osten. Sowohl die westliche Lage unseres Landes, als auch die in vieler Hinsicht überlegene Truppenstärke der württ. Truppen legte der Obersten Heeresleitung unsere Verwendung im Westen nahe, während Bayern und Sachsen mehr für den Osten in Betracht kamen. Ein weiterer Beweis für die Tüchtigkeit unserer Landeskriegsarmee läßt sich aus den Ziffern entnehmen, die von den Vermissten berichtet. Legt man wieder für die Vermisstenziffer des Reichs die Zahl 100 zugrunde, so fallen auf die Bundesstaaten folgende Verhältniszahlen: Preußen 104, Bayern 85, Sachsen 90, Württemberg 57. — Hieraus ergibt sich, daß der Feind den Württembergern prozentual weit weniger Gefangene abgenommen hat als den anderen deutschen Stämmen. Darauf können wir stolz sein!

Die **Kadreitenschlagnahme** ist aufgehoben und die Beschränkung im Fahrräderverkehr beseitigt worden.
Holzbedarf. Deutschland verbrauchte in den letzten Friedensjahren rund 42 Millionen Festmeter Nutholz, wovon 28 Millionen Festmeter aus inländischer Erzeugung und rund 14 Millionen Festmeter aus der Einfuhr gedeckt wurden. Für die Deckung des Bedarfs des Jahres 1919 ist auf eine erhebliche Einfuhr nicht zu rechnen, weil die Einfuhrländer durch die Kriegsfolgen daran verhindert sind. Außerdem wird der einheimische Bedarf sehr viel größer sein, als in Friedenszeiten, da während des Kriegs fast alle Unterhaltungs- und Erhaltungsbauten im Hoch- und Tiefbau, bei der Eisenbahn und im Bergbau unterblieben sind. Außerdem fordert unsere innere Wirtschaft eine umfangreiche Tätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungsbaus und der Befriedelung. Schließlich ist auch damit zu rechnen, daß der Friedensschluß sehr erhebliche Anforderungen an deutschem Holz für den Wiederaufbau von Nordfrankreich und Belgien bedingt. Man wird daher bei Nutholzbedarf Deutschlands im nächsten Jahr auf mindestens 40 bis 50 Millionen Festmeter schätzen können.
Für Handwerker. In mehreren Gemeinden sind durch den Krieg verschiedene Handwerkerberufe nicht mehr vertreten, die für die Bewohner dringend nötig sind. In solchen Fällen wendet man sich am besten an die Handwerkskammern, die dann die Handwerker, die eine eigene Existenz gründen wollen, auf solche Gelegenheit aufmerksam machen werden.

Bargeld aus den Banktresors. Auf Veranlassung der Reichsbank haben die Banken ein Rundschreiben an die Inhaber von Banktitelscheinen gerichtet, worin sie die eidesstattliche Versicherung fordern, daß sich in den Schließfächern keine baren Geldmittel befinden.
Keine roten Fahnen im Eisenbahnverkehr. Der Chef des Generalstabs des Heeres hat folgenden Befehl erlassen: „Alle Truppenteile sind sofort nachdrücklich zu befehlen, daß das Anhängen roter Fahnen bei Transporten auf der Eisenbahn aufs strengste verboten ist. Die rote Fahne an Eisenbahnzügen kann zu erheblichen Betriebsstörungen, Unglücksfällen usw. führen, da rote Fahnen nach der deutschen Signal-Ordnung „Halt“ bedeuten.“
Die neutrale Zone. Nichtentlassene deutsche Heeresangehörige dürfen sich auf Urlaub in die neutrale Zone nur dann begeben, wenn sie vorher entwaffnet worden sind und wenn ihre Familie innerhalb der neutralen Zone wohnt.
Erene Pflichterfüllung. In den Mitteilungen des Württ. Landesvereins vom Roten Kreuz stehen nicht weniger als 24 Todesanzeigen von Schwestern, Diakonissen, Pflegerinnen und Pflegerinnen, die in den ersten Wochen bei der Verwendung in Lazaretten an Seuche gestorben sind.

Druck und Verlag der V. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Verfügung des Arbeitsministeriums über den Verdienstausfall bei behördlicher Verkürzung der Arbeitszeit.
 Vom 30. November 1918.

Als Staatskommissar für Demobilisierung verfüge ich:
 1. Die Arbeitnehmer, die infolge behördlicher Verkürzung der Arbeitszeit während der Uebergangszeit in einer Kalenderwoche die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreichen, erhalten eine Entschädigung des Verdienstausfalls (Erwerbslosensfürsorge), gemäß den Vorschriften der gegenwärtigen Verfügung.
 2. Muß die Arbeitszeit auf weniger Wochenstunden beschränkt werden, als regelmäßig vor dem 15. November 1918 üblich waren, so hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer bei Lohn- und Akkordarbeit den Betrag anzuzahlen, der dem Verdienste in den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, mindestens aber 90 v. H. des regelmäßigen Arbeitsverdienstes, den der Arbeitnehmer vor dem 15. November 1918 erzielt hat, entspricht.
 Betrag der regelmäßigen früheren Arbeitsverdienst 65 M in der Woche oder weniger, so ist dem Arbeitnehmer der ganze frühere Arbeitsverdienst unverkürzt ausbezahlt; beträgt er mehr als 65 M, jedoch weniger als 72 M u. 20 Pf., so ist dem Arbeitnehmer der Betrag von 65 M zu bezahlen.
 3. Weigert sich ein Arbeitnehmer, während der ganzen, behördlich allgemeinen oder im Einzelfall zugelassenen Zahl von Wochenstunden zu arbeiten, so hat er nur Anspruch auf Entlohnung für die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden.
 4. Die Arbeitgeber haben Zahlungsverzeichnisse zu führen, aus denen ersichtlich sein muß:
 a. der Name des Arbeitnehmers,
 b. die vor dem 15. Nov. 1918 übliche Zahl von Arbeitsstunden in der Woche,
 c. die vor dem 15. Nov. 1918 regelmäßig erreichte wöchentliche Arbeitsverdienst,
 d. die Zahl der in der Woche tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden,
 e. der auf diese Arbeitsstunden entfallende wirkliche Verdienst,
 f. der dem Arbeitnehmer nach Nr. 2 ausbezahlte Wochenbetrag.
 5. Die Zahlungsverzeichnisse sind vom Unternehmer jeweils nach Schluß der letzten Monatswoche abzuschließen. Die Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben ist vom Arbeitgeber und von einem vom Arbeiterausschuß bezeichneten Mitglied dieses Ausschusses, beim Fehlen eines Ausschusses von einem von der Arbeiterschaft bezeichneten Vertrauensmann unterschriftlich zu bestätigen.
 Die Zahlungsverzeichnisse sind sodann spätestens bis zum 8. des folgenden Monats, der vom Ortsvorsteher bezeichneten Stelle vorzulegen.
 6. Die Gemeinde berechnet den Unterschied zwischen den Beträgen, die den sämtlichen Arbeitnehmern eines Betriebs bezahlt worden sind, und denjenigen, die die Arbeitgeber in den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden verdienen. Zwei Drittel des so berechneten Unterschieds werden den Arbeitnehmern auf Rechnung der Erwerbslosensfürsorge alsbald aus Gemeindemitteln vorläufigweise ausbezahlt. Die Auszahlung erfolgt vorbehaltlich der Verächtigung auf Grund der nach näherer Anweisung des Oberamts vorzunehmenden Nachprüfung der Zahlungsverzeichnisse.
 7. Die Gemeinden legen eine Aufstellung über die von ihnen ausgelegten Beträge bis zum 20. des Monats dem Oberamt oder der von diesem bezeichneten Stelle vor. Das Oberamt leitet den Ertrag der von den Gemeinden ausgelegten Beträge durch die Amtskörperschaft in gleicher Weise wie den Ertrag der übrigen Aufwendungen der Gemeinden für Zwecke der Erwerbslosensfürsorge ein. Für die anteilmäßige Erstattung der von der Amtskörperschaft hieraus gemachten Aufwendungen gelten die Bestimmungen des § 11 der Verfügung des Arbeitsministeriums über Erwerbslosensfürsorge vom 28. November 1918 entsprechend. Jedoch sind die Aufwendungen auf Grund der gegenwärtigen Verfügung in besonderen Zusammenstellungen nachzuweisen.
 8. Die Oberämter haben für alsbaldige Bekanntgabe der Bestimmungen dieser Verfügung zu sorgen.
 9. Diese Verfügung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.
 Lindemann.

Zur Nachachtung bekannt gemacht.
 Die Zahlungsverzeichnisse sind spätestens bis zum 8. Jan. 1919 bei der Erwerbslosensfürsorge (Städt. Lebensmittelamt) einzureichen.
 Wildbad, den 12. Dezember 1918.
 Stadtschultheißenamt: Böhner.

Der Stadtgemeinde sind 128 Nm. lach. Brennholz aus Staatswaldbezirk Meistern zugewiesen worden.
 Anmeldungen hierauf nimmt zum Preise von 21,20 M. per Nm. bis spätestens Mittwoch den 18. Dez. 1918 abends 7 Uhr entgegen.
Die Stadtpflege.

Schlagraum-Verkauf.
 Aus den Staatswaldungen Unt. Eiberghut Abt. 23 Binderswegle und 24 Rodstall kommen 5 Boole und aus Waldteil 37 Ob. Schabbesweg und Waldteil 28 u. Wendstein 5 Boole im Wege der Verlosung zur Abgabe.
 Anmeldungen hierauf nimmt in der Zeit vom Dienstag den 17. Dez. bis Mittwoch den 18. Dez. abends 7 Uhr entgegen.
Die Stadtpflege.

Baustangen-Verkauf.
 Aus Abt. Häsloch kommen am **Dienstag** den 17. Dez. 1918 vorm. 11 Uhr auf dem Rathaus
5 Stück Baustangen
 zum öffentlichen Verkauf.
Die Stadtpflege.

Die Familienunterstützungen
 kommen in nachbenannter Reihenfolge zur Auszahlung:
 für Monat Dezember
 a. **an die Parzellenbewohner**
Mittwoch, den 18. Dezember 1918
 vormittags von 9 bis 11 Uhr.
 b. **an die Einwohner in Wildbad**
Mittwoch, den 18. Dezember 1918
 nachmittags 2—6 Uhr von A bis F
Donnerstag, den 19. Dezember 1918.
 nachmittags 2 bis 6 Uhr von M—J.
 Wildbad, den 16. Dezember 1918.
Stadtpflege.

Bekanntmachung
 Die Mehlabgabe für Private im Städt. Mehllokal findet bis auf weiteres nur **Mittwoch** und **Samstag** von 8 bis 5 Uhr statt.
Städt. Mehlabgabestelle.

Blanfelsen
 sind eingetroffen **Adolf Blumenthal.**
 **Bruchleidende** 
 bedürfen kein schmerzliches Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend **kleines**, nach Maß und **ohne Feder**, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens **selbst** verstellbares **Universal-Bruchband** tragen, das für Erwachsene und Kinder wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist.
 Mein Spezialvertreter ist am **Dienstag** den 17. Dezember mittags von 1 bis 4 1/2 in Wildbad **Hotel Kähler Brunnen**, und gleichen Tags abends von 6 bis 8 sowie **Mittwoch** den 18. morgens von 8 bis 9 1/2, in Neuenburg **Gasthof Sären (Voss)**, mit Muster vorerwähnter Bänder, sowie mit **H. Gummi- und Federbänder**, neuesten Systems, in **allen** Preislagen, anwesend. Muster in Gummi- Hängeleib-, Leib- und **Muttervorfal-Binden**, wie auch **Geradhalter** stehen zur Verfügung. Neben **sachgemäßer** versichere auch gleichzeitige **strenge diskrete** Bedienung.
Ph. Steuer-Sohn, Bandagist und Orthopädist.

Selbstgemachte Schulranzen
 hat zu verkaufen.
Hermann Rometsch.

Wildbad, den 16. Dezember 1918.

Dankagung
 Verwandten, Freunden und Bekannten mache mir die schmerzliche Mitteilung, daß mein l. Gatte, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Otto Volz
 Sattler und Tapezier
 Freitag nachmittag 1/2 6 Uhr im Alter von 40 Jahren sanft einschlafen ist.
 Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen
 die trauernde Gattin:
Katharine Volz, mit ihren Kindern.
 Beerdigung, Dienstag nachm 2 Uhr.

Militär Verein Wildbad
 Zu der Beerdigung unseres Kameraden
Otto Volz
 treten die Mitglieder morgen nachmittag 1/2 2 Uhr vor dem Rathaus an.
Der Vorstand.

Freiwillige Feuerwehr Wildbad.
 Zur Beerdigung unseres Mitglieds
Otto Volz
 tritt die Feuerwehr morgen mittag 1/2 2 Uhr vor dem Rathaus an.
Das Kommando.

Musik-Verein Wildbad.
 Zweck Neubildung einer Musikkapelle wollen sich die zurückgekommen Mitglieder des Musikvereins und sonstigen musikalisch gebildete Herrn heute **Montag** abend 7 Uhr im Gasthaus zur alten Linde, zu einer Besprechung einfinden. Instrumente sind mitzubringen.
J. A. Carl Rometsch.
Auf 1. Hypothek werden
17-1800 M. Kaisernatron
 für sofort oder später gesucht.
 Näheres in der Exped. [198]
Ev. Kirchendor.
 Heute abend 8 Uhr
Singstunde
 Carl Wilh. Gott.